

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

25.10.1851 (No. 252)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 25. Oktober.

N. 252.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzugsgebühr: die gefaltene Postkarte oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

* Die Sozialisten und das besitzende Bürgerthum.

Nirgends ist es deutlicher ausgesprochen worden, was die Revolutionspartei will, als in den jüngst zu Paris aufgefundenen Dokumenten. Dort ist von einem Eingehen auf die Lage der Zeit, von Erörterungen über höhere Zielpunkte der nationalen Entwicklung, von dem Wunsch, das Völkerglück in der einen oder andern Art zu fördern, nicht mehr die Rede. Das Alles ist abgemacht. Man ist über derartige Idealitäten hinaus; es handelt sich nicht mehr um die höhern Güter des Geistes und der Menschheit, sondern um die irdischen Güter, um Geld und physischen Genuß; nicht mehr um ordnungsmäßiges Streben in der einem Leben angewiesenen Stellung, sondern um die Gewalt zur Ausrottung, Veralterung und Niederdrückung aller Widerstrebenden; nicht mehr um organischen Fortschritt, sondern um blutbezeichneten Umsturz. Das Eigenthum und der Besitz sind die goldenen Äpfel, nach denen die Sozialisten lechzen, und wie praktisch ihre Lehren geworden sind, das zeigen die neuesten Unruhen in den Provinzen Frankreichs, wo die Rufe: „Geld wollen wir und gut zu trinken!“ und Drohungen wie: „Bald wird's an euch Reichen gehen!“ nicht zu den seltensten gehörten. Der Haß gegen die Besizenden, gegen die Reichen wie gegen das l. g. Kleinbürgertum, oder die „Bourgeoisie“, wie sie es nennen, ist so der treibende Grund der Umsturzpartei neuesten Stils, und was zu erwarten wäre, wenn sie je zur Gewalt kommen sollten, kann man sich leicht denken, selbst wenn die Dokumente der Revolutionsauschüsse uns nicht urkundlich davon unterrichtet hätten.

„Zum Glück für den Bestand der Gesellschaft und die Prinzipien der Ordnung,“ sagt mit Recht die „D. C.“, „ist die Zahl der Besizenden und Derjenigen, deren Existenz mit der der Besizenden unauflöslich verknüpft ist, größer als die der Nichtbesizenden, die Nichts zu verlieren haben. Wenn auch in den Städten und in industriellen Distrikten theilweise das umgekehrte Verhältnis obwaltet, auf dem Lande gibt es unstrittig jener Familien mehr, welche, sei es auch nur innerhalb bescheidener Grenzen, einer gewissen unabhängigen Existenz sich erfreuen.“

Das Interesse, welches den Menschen an einem, wenn auch beschränkten, Besitz festsetzt, ist unbedingt härter, als das himmlische Streben nach einer Gemeinschaft, in welcher jede Selbständigkeit untergehen müßte, und nach welcher höchstens der Tagelöhner sich zu lehnen gelehrt wurde.

Uebrigens hat die ländliche Bevölkerung aller Länder noch am meisten von der Sitte und den religiösen Gefühlen besserer Zeiten bei sich bewahrt. Ihr Idealkreis bewegt sich in einer Weise, welche der kommunistischen Richtung geradezu entgegensteht. Freilich hat sich in Frankreich als nächste Folge der unbedingten Theilbarkeit des Grundes und Bodens ein großes ländliches Proletariat herausgebildet; aber auch dort überwiegt gleichwohl die Zahl solcher Besitzer, welche die Selbständigkeit ihrer Existenz nicht gegen die zweideutigen Reize des sozialistischen Kasernenlebens einzutauschen bereit sind.

Bei uns hat die große Operation der Grundentlastung den entschiedenen Vortheil herbeigeführt, die einzige revolutionäre Triebfeder, welche die ländlichen Bevölkerungen aufzuregen und zu bewegen im Stande war, zu beseitigen. Die Existenz des Landmannes ist jetzt eine so unabhängige und gesicherte geworden, daß er, weit entfernt, sein Heil in der Revolution zu suchen, vielmehr mit Innigkeit an dem jetzigen politischen Bestande und der legalen Ordnung der Dinge in seinem wohlverstandenen Interesse hängen muß.

Aber auch unser Arbeiterproletariat ist bei weitem nicht so bedenklich entwickelt, als in andern Ländern des Westens. Unser guter Genius hat uns vor überspannten industriellen Unternehmungen bewahrt, und der Naturgegenstand, von welchem der Boden Deutschlands überströmt, verhindert das Elend und die heftige Noth des Lebens, wie sie in herzerreißenden Schilderungen anderwärts uns vorgeführt worden sind.

Die kommunistischen Lehren dürfen deshalb hier auf keinen Anklang rechnen; Deutschland konnte durch eine neue Erschütterung des Westens nur mittelbar betroffen werden. Es würde aus seinem konsolidirten Innern die Kraft und die Mittel schöpfen, um ihr mit Erfolg die Stirne zu bieten.

Frägt man nach den Mitteln, womit die unverbesserliche Partei der Anarchisten vor der Hand im Zaume zu halten sein wird, so ergeben sie sich von selbst aus der Methode, womit sie agitirt. Sie wirkt durch den Terrorismus; sie muß deshalb durch unbeugsame Strenge und unermüdete Wachsamkeit in Schach gehalten werden. Sie verschmäht es, irgend eine Rücksicht auf Herkommen und Gesetz zu nehmen; ihre gerichtliche Prozeduren sind deshalb wenig geeignet, um ihr Respekt und Furcht einzusößen. Eine gut organisirte Polizei ist das notwendige Mittel, um ihren Umtrieben eine ausgiebige Schranke zu setzen. Deshalb ist gerade in Frankreich das Bedürfnis einer solchen Polizei neuesten Stils schärfer und lebendiger als jemals hervorgetreten; deshalb haben sich ähnliche Anforderungen auch in Deutschland geltend gemacht. Einer Faktion, welche das Aergste, das Unerhörte will und anstrebt, darf nicht der geringste Spielraum zur Entwicklung ihrer unheilvollen Pläne übrig gelassen werden.

Im Interesse der Gesellschaft ist es Pflicht, ihre Bestrebungen so weit als möglich im Keime zu ersticken und der Beharrlichkeit im Bösen, welche sie fundigibt, die Beharrlichkeit einer unnachlässigen, strengen Aufsicht entgegenzusetzen.“

Deutschland.

§ * **Wannheim, 23. Okt.** Ueber die Veranlassung zu der gestern stattgehabten Entsendung von Exekutionstruppen nach Neckargemünd verläutet hier Nachstehendes: Ein junger Bursche des gedachten Orts hatte sich verführerische Redensarten gegen einen beurlaubten Soldaten zu Schulden kommen lassen, in deren Folge er verhaftet werden sollte; seine Kameraden nahmen Partei für ihn, indem sie sich der Arrestirung widersetzten, und schließlich sogar gegen den einschreitenden Gendarmen handgreiflich wurden. In Folge dieses Versuchs zur Verleitung des Militärs zum Treubruche erhielt die Gemeinde Exekution und die Schuldigen werden exemplarisch bestraft werden.

Dem Bürgermeister von Feudenheim, Hrn. Hill, wurde dieser Tage von Seiten des großh. Ministeriums des Innern ein Schreiben behändigt, worin ihm die verdiente Anerkennung über seine langjährige, segensreiche Amtsthätigkeit ausgesprochen wird. Hr. Hill ist ein Mann von ächtem Korn und Schrot, erprobt in der Anhänglichkeit und Treue gegen seinen Fürsten; er war um dieser Tugenden willen, und weil er immer unerschütterlich auf Recht und Ordnung hielt, in den Revolutionsjahren von 1848 auf 1849 mehrmals in augenscheinlicher Lebensgefahr, ließ sich aber trotzdem nicht beirren, einem Haufen Uebelgesinnter gegenüber, welche dringend und ungestüm die Publikation der Offenburger Beschlüsse verlangten, öffentlich zu erklären: Er habe Sr. kön. Hoh. dem Großherzog Treue geschworen, die provisorische Regierung gehe ihn Nichts an, er anerkenne sie nicht. In Folge dessen eine Zeitlang seines Amtes entsetzt, bekleidet er dasselbe zur Freude aller Gutmüthigen seiner Gemeinde seit der Wiederherstellung von Ordnung und Geseßlichkeit in unserem Lande wieder wie vorher, und wird voraussichtlich, da die Ordnungspartei bei der vor einiger Zeit in Feudenheim stattgehabten Wahl zum Großen Ausschusse entschieden den Sieg davongetragen, in seiner jetzigen Stellung verbleiben. Unter seinen zahlreichen Bekannten und Freunden in hiesiger Stadt und der Umgegend hat die Kunde der ihm gewordenen Auszeichnung Seitens des großh. Ministeriums des Innern allseitige Freude verursacht.

§ **Sinsheim, 23. Okt.** Am 17. d. M. wurde in Abersbach der wackere Bürgermeister Friedrich Frank, welcher bereits 21 Jahre hindurch das Amt des Bürgermeisters zum Segen der Gemeinde und Zufriedenheit seiner Vorgesetzten bekleidet, einstimmig wieder gewählt, wodurch sich die Gemeinde selbst das beste Zeugniß gegeben hat. Derselbe hat auch dem Wunsche seiner Wähler entsprochen und die Wahl angenommen.

§ **Vom Mittelrhein.** Bald vier Dezennien waren umflossen, seit wir Nassau, den Ort unserer frohesten Jugendjahre, nicht mehr zu Gesicht bekamen. Um alle Eindrücke jener Zeit, die, je mehr der Jahre über unser Haupt hinziehen, je lebhafter und frischer in unserer Erinnerung hervortreten, uns zu wiederholen, näherten wir uns zu Fuß der nunmehrigen Feste. Kaum vermochten wir die Umgebung noch zu erkennen, so licht war Alles um die Stadt umher geworden. Sänlich verschwunden war das liebliche Beinell mit seinen schattigen Gängen; Eisenbahn und Lünneten zu beiden Seiten derselben nehmen jetzt einen Theil seines Raumes ein. Gleiches Geschick hatte der Rauenthaler Wald. Ober- und Niederwald sind in weite Ferne gerückt, und kaum mehr reikt eine ehrwürdige Eiche, wovon einst ein schöner Kranz mit einer sogar 1000jährigen Schwester in geringer Ferne die Stadt umschloß, ihre Aeste über melancholisches Erlengebüsch hervor. Weggetilgt ist auch die waldumgürtete Füllenwaide mit ihrer versteinerten, vor Ueberraschung durch Sanibal (Lyzeumsdiener) sichern Sommerwirthschaft, die uns so oft nach botanischen Streifzügen erquickte. Wege und Stege sogar waren verändert und die anmutigsten und bequemsten derselben, wo sind sie hingekommen? Nicht zu erwähnen der Festungswerke und der wegen ihnen nöthigen Bauten, hat auch die Stadt darin zu ihrem Vortheile einige Veränderungen erfahren, daß mehrere Häuser aus der modellmäßigen Einformigkeit in geschmackvoller Weise herausgetreten und die Kapellenstraße, statt ihrer ehemaligen Baracken auf einer Seite, nun stattliche Gebäude aufzuweisen hat. Die Vorstädte wurden reinlicher und freundlicher, und manches neue oder verbesserte Häuschen in denselben leitet seinen jetzigen Zustand von den Schlafkassen der Festungsarbeiter her. Das sonst vereinfachte Dörfchen ist wegen der Leopolds- und der befestigten Kaserne sehr lebhaft und gewerblich geworden, dagegen das Calabrid noch mehr verodet, da es von der Murg und der geraden schönen Rheinstraße, die ihm beide Luft und Nahrung gaben, durch eine erdrückend hohe Mauer und sonstige Werke abgeschnitten ist. Wegen dieses Umstandes scheint jener Stadttheil bei einem je ausbrechenden große-

ren Brande, wozu es bei einer Belagerung an bester Gelegenheit nicht fehlt, gänzlich verloren. Unsere ehemalige Wohnung in diesem Viertel war zwar noch in ihrem bescheidenen Zustande vorhanden, doch die guten Eigenthümer derselben, die während unserer Schuljahre Vater- und Mutterstelle an uns vertraten, schlummern mit ihrer ganzen Familie längst den ewigen Schlaf.

Von diesen Eindrücken etwas trübe gestimmt, eilten wir der ehemaligen Arena unseres wissenschaftlichen Strebens, dem Lyzeum, zu. Das stattliche Gebäude hat statt des früheren ehrwürdigen Graus sich nun, wahrlich nicht zu seinem Vortheile, in Blüthe gekleidet; die Loreys-Linde dagegen, welche traulichen Schatten warf in die Fenster des geliebten Lehrers, der sich Riesenarme wünschte, um damit die ganze Welt an die eigene liebende Brust zu drücken, breitet noch schattiger als ehedem ihre kräftigen Aeste aus. So schön auch dieser Baum und die Monumente in der Aula des Lyzeums und auf dem Begräbnißplatze die Erinnerung an Lorey erhalten, schöner lebt sie dennoch fort in den Herzen von vielen Hunderten durch Wissenschaft und Wirksamkeit gleich ausgezeichneten Männer, denen er Lehrer und Vorbild war. Vom Lyzeum weg führte uns der Weg zu dem engern Schauplatz unserer Jugendspiele, in den Schloßgarten. Fuit liliu! ein paar Laubgänge sind noch übrig von der ganzen ehemaligen Herrlichkeit. Plattgetreten ist der mittlere große Raum, den einst Fontänen, schattige und blumige Bosquets, und gegen das eiserne Thor Hügel mit mächtigen Tarnus und edeln Obstbäumen schmückten, um deren Ertrag der alte Hofgärtner viel wegen Raschhaftigkeit und Muthwille von unserer Seite auszustehen hatte. Bergraben unter Mauern und Wällen liegt das Markgräfenwäldchen, ein großer Theil des schönen Pflanzgartens ist Begräbnißort geworden, und die Drangerie reift nur noch unter Gluth und Hammerschlägen eiserne Früchte.

Hinweg von diesem Schauplatz, auf dem nur noch das Kommandowort und Waffengeklirr statt frohen Getümmels der Jugend vernommen wird, in die Schloßkirche. Es ist diese Kirche immerhin ein eigenthümliches Gebäude, in dem wahre Kunst mit Rococo oft recht wunderlich zusammengefügt ist. Als ein Erzeugniß der ersten muß unstrittig das vortreffliche Deckengemälde, eine Kreuz-Erfindung, betrachtet werden. Zählten wir früher von unsern Sagen aus auch nur die Wochen bis zu den Ferien an den markigen Figuren dieses Gemäldes ab, so daß das Hauptbild, die schöne, heilige Helene, Portrait der Markgräfin Sibylle Auguste, mit dem Te Deum am Schlusse des Schuljahres zusammenfiel, so hatte jetzt, nachdem wir im Jahr 1842 Grieshabers originelle Schilderung und Deutung des Gemäldes gelesen, Alles Charakter und Leben. Trogdem erschienen uns aber die Farben nicht mehr so frisch, wie ehedem, und zu dem verunfallten Risse durch die ganze Länge des Gemäldes, den eine Erberschütterung veranlaßt haben soll, kamen noch einige von Farbe entblöhte Stellen und ein etwas rauchiger Ueberzug hinzu. Bei dem tiefen Bedauern, den dieser Umstand in uns erweckte, dachten wir wohl auch daran, daß, da so viel für Erhaltung geringfügiger Kunst- und Alterthumsdenkmale geschieht, es sich wohl der Mühe lohnen dürfte, diesen kostbaren Schatz, eine Schöpfung einer badischen Fürstin, vor allmähligem Verfall zu sichern. Wir glauben, daß dies vielleicht ohne Dazwischenkunft des Kunst- und Alterthumsvereins, denen beiden an der Erhaltung sehr viel gelegen sein muß, geschehen könne. Es ist nämlich diese Kirche dem Lyzeum zum Gebrauche und zur Unterhaltung überwiesen, und da diese Anstalt ebensowohl die Aufgabe hat, das Gefühl für das Schöne und Religiöse zu wecken und zu bilden, wie Wissenschaft zu fördern, so könnte die Lösung dieser Aufgabe wohl sehr durch Auffrischung dieses Gemäldes, das die Schüler bei jedem Kirchenbesuche vor Augen haben, gefördert werden.

w. c. **Stuttgart, 23. Okt.** In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten schloß sich der Abg. Winter der Erklärung der 18 Abgeordneten der Linken in Betreff der k. Verordnung vom 5. Oktober d. J. über die Aufhebung der Grundrechte an. Der Finanzdepartements-Chef, Staatsrath v. Knapp, hält einen Vortrag, worin er mit Höchster Genehmigung Sr. kön. Maj. der Kammer zur sorgfältigen Erwägung anheimgibt, ob sie nicht aus Rücksicht auf die besonderen Umstände für zulässig erachte, a) daß von der ins Einzelne gehenden Berathung des Hauptfinanzetats für 1849/52 Umgang genommen werde, b) daß sofort die Bewilligung der direkten und indirekten Steuern und Abgaben in dem durch das Finanzgesetz vom 29. Juli 1849 für 1848/49 festgesetzten Betrag auch für die Hauptfinanzperiode vom 1. Juli 1849/52 erfolge, und c) daß dem Staatshaushalt für diese Verwaltungsperiode der unterm 9. Mai d. J. vorgelegte Entwurf des Hauptfinanzetats unter möglicher Beachtung der in den Berichten der Finanzkommission der Zweiten Kammer über diesen Etat enthaltenen Bemerkungen, Wünsche und Anträge zu Grunde gelegt werde? Der Antrag wird an die staatsrechtliche Kommission zur schleunigen Berichterstattung überwiesen. Es werden sofort die einzelnen Etats in Berathung genommen. In Betreff des 1. der Zivilliste fragt der Berichterstatter Steinbuch, ob der Kam-

mer noch nicht die in Aussicht stehende Entschliessung Sr. Maj. in Betreff eines Nachlasses an der Zivilliste mitgeteilt werden könne, worauf Staatsrath v. Knapp erklärt, daß sich Sr. Maj. zu einem ferneren Nachlass an der Zivilliste nicht bewegen finde. Pfeifer beantragt nun eine Revision des Gesetzes vom 20. Juni 1820 über die Zivilliste, und er und Mohl ergehen sich in höchst ungeeigneten Bemerkungen und Ausfällen hierüber, werden aber vom Ministerische aus durch die Staatsräthe v. Meffen, v. Neurath und v. Linden in die gebührenden Schranken energisch zurückgewiesen. Pfeifer's Antrag findet keine Unterstützung. Es werden sofort die Etats der Apanagen und Wittume, Staatsschuld, Renten, Entschädigungen, Pensionen, Quiescenzgehälter, Gratualien, K. Geheimen Kabinet und Geheimen Rath noch erledigt und größtentheils die Erigenzen der Regierung vollkommen bewilligt.

In der heutigen Sitzung der Kammer der Abg. erstattet Meyfcher Namens der staatsrechtlichen Kommission Bericht über den gestern eingebrachten Vorschlag des Finanzministers. Nach ausführlicher Begründung beantragt er: auf den Vorschlag desselben nicht einzugehen, dagegen der Kammer zu empfehlen, durch weise Benützung der Zeit die Berathung des Hauptfinanzetats nach Ebnlichkeit zu beschleunigen. — Hr. v. Hoyer v. Lobenstein zeigt an, daß die Finanzkommission damit einverstanden sei. Staatsrath v. Knapp erklärt nun, daß sich die Regierung zwar für verpflichtet gehalten habe, diesen Vorschlag zu machen, um durch eine Abkürzung der Berathungen eine kostbare Zeit zu ersparen und die Kosten zu vermindern, die eine zu lange Berathung herbeiführt hätte; da jedoch die gestrige Sitzung gezeigt habe, daß die Kammer auch sonst Mittel finde, die Debatten abzukürzen, so wolle er diesen Antrag nicht weiter verfolgen, in der Voraussetzung, daß diese Abkürzung der Debatten auch ferner stattfinden werde. — Es wird sofort zur Berathung des Etats des Justizdepartements übergegangen und dabei fast sämtliche Erigenzen der Regierung nach den vom Ministerische aus gegebenen Erläuterungen unverkürzt bewilligt. Diese Erigenzen sind für 1848/49 922,588 fl. 59 kr., für 1850/51 989,215 fl. 27 kr., und für 1851/52 999,885 fl. 27 kr. Die Kommission hatte bei 1850/51 1200 fl., und bei 1851/52 10,355 fl. zu streichen beantragt; doch blieb es meist bei den Erigenzen der Regierung. Die Rechte und die Mittelpartei nahmen sich die Empfehlung der staatsrechtlichen Kommission zu Herzen, die Linke aber verzögerte die Verhandlungen durch unablässige nutzlose Anträge und Angriffe, auf welche die Kammer nicht einging, über Gebühr, so daß Hr. v. Barnbühler in Betreff des Abg. Pfeifer, welcher die Kammer mit seinen Auslassungen ermüdete, an die Bestimmung der Geschäftsordnung erinnern mußte, wozu ein Mitglied über einen und denselben Gegenstand nur zweimal sprechen darf.

Auch die Kammer der Standesherren hielt gestern eine kurze Sitzung, worin sich Staatsrath Hr. v. Neurath als Stimmführer für den Herzog Paul Wilhelm und Obertribunalpräsident v. Harpprecht als Stimmführer für den Herzog Ernst Alexander legitimirte. Nach einem k. Reskript ist der Bitte der Kammer der Standesherren vom 24. Juni d. J., es möge der Ertrag der Posten von dem der Eisenbahn getrennt gehalten und unter die Einnahmen des Kammerguts aufgeführt werden, entsprochen worden. Zum Schlusse wurde noch zur Wahl der Rechenschaftsberichts-Kommission geschritten, die aus den H. v. Gärtner, v. Harpprecht, Graf v. Rehbberg, General v. Baur und Graf v. Reipertz besteht.

△ **Frankfurt**, 23. Okt. Demnächst erscheint in dem Verlag von Sauerländer die erste Gesamtausgabe der Werke von Clemens Brentano. Das Ganze wird aus sieben Bänden bestehen und nicht nur Alles wiedergeben, was bisher zerstreut von unserm berühmten Landsmann erschienen ist, sondern vielleicht nahezu die Hälfte bisher ungedrucktes mittheilen. Mit Recht darf daher auf diese Unternehmung aufmerksam gemacht werden.

Wie verlautet, will der hiesige „Reformverein“ sich an die Bundesversammlung wenden, damit sie, von ihren verfassungsmäßigen Befugnissen (Art. 46 d. W. Schl. A.) Gebrauch machend, unsere ewigen Verfassungswirren durch Restitution der Konstitution vom 19. Juli 1816 zu Ende führen möge.

Das hiesige französische „Journal“ läßt sich über die Folgen vernehmen, die aus einer Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts und einer etwa daraus hervorgehenden Revolution in Frankreich für Deutschland hervorgehen würden. „In diesem Fall“, sagt das „J. d. Fr.“, „wird die politische Frage und die Erhaltung der Gesellschaft alle anderen Interessen beseitigen. Deutschland, statt eine Wiedereinrichtung des Bundes zu verfolgen, welche allerdings auf große Schwierigkeiten stößt, aber nicht unmöglich ist, wird sich in diesem Fall in der Nothwendigkeit befinden, seine Zukunft zum militärischen Absolutismus zu nehmen, als dem einzigen Auskunftsmitel, welches eine Katastrophe verhindern kann, mit welcher uns der anarchische Absolutismus bedroht, sobald Frankreich die Bahn wieder betritt, auf welcher das Wohl des Landes nicht mehr von der Kraft der Regierung, sondern von der Unbeständigkeit der Massen abhängt.“

Dem Herzog von Augustenburg sind, wie wir bestimmt versichern können, bisher keinerlei offiziöse Anträge betreffs der Erbfolge gemacht worden. An vertraulichen Anträgen hat es allerdings nicht gefehlt; der Herzog wird an dem Erbrecht seines Hauses in allen Konsequenzen festhalten, und könnte sich höchstens zu persönlichen Opfern bereit erklären. Die herzogliche Familie wird zum Winter wieder das Landhaus in Ninsätten (Holstein, an der Elbe) beziehen, über dessen Ankauf des Herzogs Bevollmächtigter eben mit dem jetzigen Eigentümer in Unterhandlung steht.

— **Vom Niederrhein**, 22. Okt. Die Nachrichten, daß eine Verstärkung des Anfangs festgelegten Bestandes des Bundeskorps bei Frankfurt beabsichtigt werde, erhalten insofern eine Bestätigung, als gestern das in Düsseldorf garnisonirte Bataillon des 17. Infanterieregiments Marsch-

befehl nach Weglar erhalten hat. Die beiden in Köln stehenden Bataillone desselben Regiments haben dieselbe Bestimmung.

Schwerin, 18. Okt. (Wes. 3.) Zum 18. Nov. ist der Landtag nach Sternberg einberufen. Die Vorlagen sind: 1) Die ordinäre Landeskontribution, 2) die Bedürfnisse der allgemeinen Landes-Regierungskasse, 3) die Revision des außerordentlichen Landeskontributions-Ebits.

Berlin, 21. Okt. (Pr. 3.) Das hiesige Kreis-Schwurgericht verhandelte gestern den bereits vielfach besprochenen Prozeß wegen der Befreiung des ehemaligen Professors Kinkel, der bekanntlich wegen Kriegsverrath zu lebenswärtiger Festungstrafe verurtheilt wurde. Er büßte diese Strafe früher in Naugardt, später in Spandow, von wo aus er in der Nacht vom 6. zum 7. November v. J. Gelegenheit fand, zu entweichen. Der thätlichen Hilfe bei der Ausführung dieser Befreiung waren angeklagt: der ehemalige Aufseher in der Strafanstalt zu Spandow, Brühne, und der Rathsherr und Gastwirth Krüger aus Spandow. Brühne gestand ein, daß er durch thätige Hilfe die Befreiung Kinkel's veranlaßt, bestritt aber, bei derselben Gewalt verübt zu haben und zu seiner Handlung überhaupt durch Befestigung veranlaßt worden zu sein. Als Motiv der That gab er lediglich das Mitleid mit dem Gefangenen und dessen Familie an. Krüger bestritt die ihm zur Last gelegte Vertheiligung bei dem Verbrechen. Nach einer langen Verhandlung erklärten die Geschwornen den Angeklagten Brühne schuldig, in seiner amtlichen Eigenschaft, unter Verletzung seiner Amtspflicht, die Befreiung eines seiner Aufsicht anvertrauten Gefangenen unter Anwendung von Gewalt veranlaßt zu haben und dazu durch Versprechungen verleitet worden zu sein. Gegen Krüger lautete das Verdict der Geschwornen auf schuldig, den Thätern wesentlich Hilfe geleistet und den Brühne, durch das Versprechen, für seinen lebenslänglichen Unterhalt Sorge tragen zu wollen, dazu verleitet zu haben. Das Verdict gegen Krüger wurde jedoch nur mit 7 gegen 5 Stimmen gefällt, weshalb der Gerichtshof in Verathung trat. Der Gerichtshof, obgleich er nicht veranthe, daß ein dringender Verdacht gegen Krüger vorliege, trat dem Verdict der Geschwornen nicht bei, da er nicht die positive Ueberzeugung von dessen Schuld erlangt hatte und sprach den Angeklagten Krüger deshalb frei. Den Angeklagten Brühne dagegen verurtheilte der Gerichtshof zum Verlust der Nationalfarbe, dreijähriger Zuchthausstrafe, Verlust seiner Charge als Unteroffizier und erklärte ihn zur Verwaltung öffentlicher Aemter auf immer für unfähig.

△ **Berlin**, 22. Okt. Mit der neuen Modifikation des dänischen Kabinetts steht allem Anschein nach eine Wandelung der dänisch-deutschen Frage in Aussicht. Werden dadurch die oberschwebenden Unterhandlungen für den Augenblick jedenfalls verzögert, so könnte das schließliche Resultat vielleicht um so schleuniger herbeigeführt werden. Desterreich und Preußen hatten es bei der Ausgleichung der schwebenden Streitfrage in Kopenhagen Kabinet bis jetzt mit Männern zu thun, die sich der konservativen Richtung zuneigten. Jetzt ist in Dänemark eine Partei an's Ruder gelangt, welche in ihrem Fanatismus und ihrer nationalen Begehrlichkeit alle Rücksichten der Billigkeit, an denen es von Seiten der deutschen Großmächte nie gefehlt hat, bisher aus den Augen setzte, und statt einer friedlichen Denkweise ungemessene Forderungen zur Schau trug. Solchen Elementen gegenüber wird die Stellung der unterhandelnden Großmächte ohne Zweifel eine andere werden. Es wird sich für die nächste Zeit nicht um Konzessionen von deutscher Seite, sondern um das strikteste Festhalten an allen von deutschem Interesse gebotenen Ansprüchen handeln. Wenn damit auch die Erledigung der eigentlichen Streitfrage nicht gefördert werden sollte, so dürfte dadurch auf dänischer Seite leicht ein abermaliger neuer Umschlag bewirkt werden, der den Anstoß zunächst von Russland her finden möchte. Der Kaiser Nikolaus hat das radikale Unwesen der Kasinomänner eben so entschieden, als das demokratische Treiben irgendwo sonst. Nach dem Ausspruch des Kaisers sollen die dänisch-deutschen Wirren bis zum Beginn des Jahres 1852 geschlichtet sein, und werden jetzt in Kopenhagen die Schwierigkeiten einer schnellen Beilegung gehäuft, so wird um so schleuniger Russland eingreifen, um das lang erstrebte Resultat herbeizuführen. Soviel wir hören, soll die russische Diplomatie über die jüngste Kabinettsveränderung in Dänemark sich bereits in einem nichts weniger als günstigen Sinne ausgesprochen haben.

Sr. Maj. der König wird am Donnerstag von der Jagd im Zeltinger Forst zurückkehren. Auch der König von Sachsen, sowie die kön. sächs. Prinzen werden von da nach Potsdam zurückkehren, dort noch einen Tag verweilen, und sich dann in Begleitung der Königin von Sachsen wieder nach Dresden begeben.

Die Frau Prinzessin von Preußen ist gestern Morgen auf der anhalt'schen Eisenbahn nach Weimar abgereist, um daselbst etwa 8 Tage zu verweilen, und sich dann nach ihrer Residenz Koblenz zurückzubehalten. Der Prinz von Preußen weilt ununterbrochen in seinem hiesigen Palais, und wird jedenfalls noch einige Wochen hier bleiben. Der bei dem Sturz verlegte Fuß Sr. kön. Hoheit erfordert noch immer dauernde Ruhe.

Der kön. Hof wird um die Mitte Novembers seine Residenz von Potsdam nach dem Charlottenburger Schlosse verlegen.

Die in der letzten Zeit häufiger abgehaltenen Konferenzen im Ministerium des Innern gelten dem Vernehmen nach der an die Kammer zu bringenden Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung der Gemeinde- und Kreisordnung vom 4. März 1850. Im Zusammenhang damit stehen die Erörterungen über die Feststellung eines definitiven Wahlgesetzes für die Zweite Kammer. Das Ministerium wird bei seiner Vorlage die Grundzüge festhalten, welche in der bekannten Denkschrift hinsichtlich einer Reform der Gemeindeordnung entwickelt wurden.

Wien. Die „Dester. Corr.“ bringt heute eine zweite Abhandlung über die von Desterreich in dem Erbfolgestreit der Herzogthümer Schleswig-Holstein verfolgte Politik. Nach der Wiedereinsetzung des Bundestags habe der König von Dänemark von diesem in seine Souveränitätsrechte auf die Herzogthümer restituirt zu werden verlangt. Desterreich habe eine Exekutionsarmee abgehen lassen, alsogleich aber hätten die Stimmen der Leidenschaft unter den Dänen gegen Desterreich sich erhoben. Alle Mahnungen zu Wägung von Seiten Desterreichs hätten ihre Wirkung verfehlt, da der Blick des Königs durch die Rathschläge der von Desterreich stets bekämpften Kasinopartei getrübt worden sei. Desterreich sei gegen das Eider-Dänemark und gegen eine administrative Inkorporirung Schleswigs eben so entschieden als gegen die Trennung der Herzogthümer. Es wolle 1) gemeinliche Erbfolge für die jetzigen Lande Dänemarks; 2) in den Herzogthümern getrennte Provinzialstände; 3) ein selbständiges, weder mit Dänemark noch mit Holstein verschmolzenes Schleswig; 4) die ungelockerte Verbindung Holsteins mit dem Deutschen Bunde. Es habe deshalb nicht Anstand genommen, seine Zustimmung zu der von den Großmächten als nothwendig erkannten Abänderung der Erbfolge in Dänemark zu geben. Gleichzeitig bemähte man sich, andere theils wirklich zu Recht bestehende, theils bestrittene, endlich in dritter Reihe die ganz unhaltbaren Erbansprüche der Augustenburger Agnaten durch entsprechende Entschädigung bei Seite zu räumen. Dieser Ausweg sei für die Augustenburger Linie, deren Ansprüche weder gänzlich abgelehnet noch einfach abgewiesen werden sollten, zu einem peremptorischen Vorschlag geworden, da die Großmächte nun und nimmermehr die Zerstückelung Dänemarks zugeben würden. Auf der andern Seite, müde der Terzkonversationen Dänemarks, sei mit Uebereinstimmung Preußens in Folge des Zschler Uebereinkommens eine energische Depesche unterm 9. Sept. an Baron Brints über die bisherigen dänischen Prozeduren nach Kopenhagen abgegangen, der sich eine preussische Depesche in milderer Fassung angeschlossen. Die Depesche vom 9. v. M. habe in Kopenhagen Mißverständnisse und große Empfindlichkeit erzeugt. Dänemark habe sich seitdem hinter den Graf Spinnendorfs Organisationsplan verschaukt und irrtümlich behauptet, daß dieser Plan von dem Wiener Kabinet gebilligt worden. In Wahrheit habe Desterreich aber nur erklärt, daß es diesen Plan „als Vorlage für die Notabeln“ gutheißt, sich aber volle Freiheit des Entschlusses vorbehalte, je nachdem die Verhandlungen der Notabeln ausfallen würden. Man hoffe noch immer, daß durch eine bessere Einsicht in Kopenhagen die neuen Schwierigkeiten gehoben werden; denn wollte Dänemark den Forderungen des europäischen Friedens sich widersetzen, so würde es sich selbst Schwierigkeiten erzeugen, welche zu überwinden über das Maß seiner Kräfte ginge.

Dem gestrigen Ausweis über die Finanzen des zweiten Quartals folgt heute ein Ausweis über das erste Semester. Die Hauptziffern sind: direkte Abgaben 31 1/2 Mill., indirekte 51 1/2 Mill., Summe der beiden sammt den übrigen ordentlichen Einnahmen 95 Mill., ordentliche Ausgaben 94 1/2 Mill. Differenz ein Plus von 668,525 fl. Dagegen überstiegen die außerordentlichen Ausgaben (52 Mill.) die außerordentlichen Einnahmen (9 1/2 Mill.) um 42 1/2 Mill., das Defizit beträgt daher netto 42 Mill.; davon entfallen 2 Mill. auf Tilgung von Staatsschulden, 11 1/2 Mill. auf Kapitalanlagen für öffentliche Bauten. Das Kriegsministerium steht unter den Ausgaben mit 66 Mill., also mit 38 1/2 Mill. über den normalen Ziffern, wovon 16 Mill., wie der Finanzausweis bemerkt, auf die Kosten der Novemberrüstungen gegen Preußen fallen.

Schweiz.

* **Aus der Schweiz**, 23. Okt. Im Kanton Bern gibt sich die radikale Partei fortwährend alle Mühe, das Volk für die bevorstehenden Nationalrathswahlen zu gewinnen, wohl wissend, daß gerade der Ausfall der Wahlen in diesem Kanton von entscheidender Wichtigkeit für die Zusammensetzung und Haltung der Bundesbehörde ist. Zu den Volksversammlungen in Unterseen, Frutigen und Delsberg, mit denen sie freilich ziemlich durchgefallen ist, kam neuerdings auch eine in Saanen, wo es nicht besser ging. Nur gegen 300 Personen sollen sich versammelt haben, darunter über die Hälfte Frauen und Kinder. Mit dem Widerwillen der großen Mehrheit des Volkes gegen das Treiben der Freunde des Hrn. Stämpfli scheint sich auch das Wetter verschworen zu haben, welches die radikalen Gelage keineswegs begünstigt. In Basel wird die Nationalrathswahl nächsten Sonntag abgehalten. Man glaubt, der bisherige Vertreter des Kantons, Hr. Bischof, werde wieder gewählt werden.

Die Strohschere wird im Kanton Aargau sehr schwunghaft betrieben. Es bestehen dort 13 derartige Etablissements, wovon allein 10 in Wohlen. Voriges Jahr sollen in diesem Gewerbezweig eine Million Schw. Fr. für Handarbeit ausgegeben worden sein, und dieses Jahr soll diese Summe sich um die Hälfte gesteigert haben.

Die Frist, innerhalb welcher die Bürger des Kantons Freiburg den Eid auf die Kantonal- und Bundesverfassung leisten sollten, um stimmfähig für die Nationalrathswahlen am 26. d. zu werden, lief mit dem 11. ab. Die Anzahl der Eidleister war jedoch sehr klein. Der Staatsrath hat ein Dekret erlassen, durch welches die Nationalrathswahlen regulirt werden.

Frankreich.

Aus dem Elsaß, 19. Okt. (Pf. 3.) Das Fremden-gesetz wird überall mit großer Schonung gehandhabt. Diejenigen Ausländer, welche genügenden Erwerb und ein redliches Betragen haben, sind von der Behörde in ihrem Aufenthalt durchaus nicht gestört. In den Fabrikbezirken, wo es sich herausstellt, daß sehr viele Arbeiter in dem Konfubinate leben, sind Maßregeln getroffen worden, diesem Unfuge zu steuern. Die Getraidpreise sind seit einigen Tagen außerordentlich in die Höhe gegangen. Es werden belang-

reiche Geschäfte in Weizen, Korn und Gerste abgeschlossen. Da der Mittelpreis des Hektoliters Weizen auf 21 Franken steht, so bedarf es nur noch der Erhöhung um 1 Franken, und die freie Einfuhr ist gestattet. Da indessen die Früchte am Niederrhein fast eben so theuer, und in einzelnen Städten noch höher stehen, so ist von dort keine Zufuhr zu erwarten. Die Nachrichten aus den Seehäfen lauten günstig, wo überall große Vorräthe lagern. Sehr bedeutende Geschäfte werden in Hopfen gemacht. Der Preis derselben ist so gestiegen, wie das seit vielen Jahren nicht mehr vorkam. Spekulant in Hagenau und Bischweiler haben in diesem Handel große Summen gewonnen. Im Oberelsaß hat man zu Herbst begonnen. Die wohlhabenden Weinbergbesitzer halten es nicht der Mühe werth, die Trauben abnehmen zu lassen. Die ächten Weine der früheren Jahrgänge sind um 40 bis 50 Prozent im Werthe gestiegen. Dasselbe ist in Burgund und in der Champagne der Fall.

† Paris, 22. Okt. Der „National“ behauptet heute mit Bestimmtheit, die Unterhandlung mit Hrn. Villault habe sich deshalb zerschlagen, weil er sich zwar zur Abschaffung des Gesetzes vom 31. Mai und zur Vorlage eines Revisionsantrags, zu weiter aber Nichts habe verstehen wollen. Der „Ordre“ macht dieselbe Voraussetzung und schließt daraus, daß das neue Ministerium außer diesem Punkt noch dazu sich verstehen müsse, sich in Bezug auf den Art. 45 der Verfassung (gegen die Wiederwahlbarkeit) nicht sehr schwierig zu zeigen. Die „Assemb. Nat.“ macht die spöttische Bemerkung, Villault habe sich darauf beschränkt, die guten Absichten des Präsidenten der Republik anzuerkennen und ihm dafür seine Wiederwahl im Jahr . . . 1856 zu versprechen. Unsere gestrige Version über Villault's Unterhandlungen mit dem Präsidenten der Republik ist die allein richtige. Letzterer will die Revisionsfrage von der Abschaffung des Gesetzes vom 31. Mai durchaus getrennt wissen. Das Fusionsorgan gibt ihm dagegen heute zu verstehen, daß vielleicht mittelst Verschmelzung beider Fragen und einiger Garantien für die Majorität auf diese zu rechnen sei.

Der Präfect des Arrondissement, Vietri, ein eifriger Bonapartist, ist durch den Telegraphen nach Paris geschieden worden. Auch sein Name wird daher in den zahllosen heute zirkulirenden Ministerlisten genannt. Die Generale Bourjolly und St. Arnaud scheinen unter allen Umständen aussersehen zu sein, Jener fürs Äußere, Dieser für den Krieg.

Die heutigen Blätter besprechen fast alle die Nachricht von dem angeblich offiziellen Auftreten des Prinzen v. Joinville als Kandidat zur Präsidentschaft der Republik. Das „Veu. du peuple“ gibt einen Auszug aus dem zu erwartenden Manifest. Die „Assemb. nation.“ glaubt nicht daran, und meint, die Prinzen des Hauses Orleans, die klüger seien, als ihre Rathgeber zu Paris, hätten ihre Freunde angewiesen, Alles zu vermeiden, was die Wirrnisse vergrößern könnte, die der Präsident durch sein neues Auftreten gestiftet, und was die Einigkeit der Ordnungspartei durch Vorschreibung der Kandidatur des Prinzen v. Joinville stören könnte. Uebrigens ist der Secretär des Prinzen von Joinville, Prognon, in Paris angekommen und hat einer wichtigen Konferenz, die die Häupter der orleanistischen Partei bei Thiers gehabt, beigewohnt.

Der „Moniteur“ enthält heute ein Dekret des Präsidenten der Republik, durch welches die Departements des Cher und der Nièvre in Belagerungszustand versetzt werden, und zugleich den Bericht des Ministers des Innern, Léon Faucher, der als Motivirung dieser Maßregel dient. Danach wurde nach der Unterdrückung der Unruhen sogleich eine Untersuchung eingeleitet, aus der sich ergab, daß die zwei Aufstände vom 13. und 14. nicht als die Folgen einer zufälligen Verirrung oder einer lokalen Aufregung betrachtet werden dürfen. Bei jedem Schritt, sagt der Bericht, den man in dieser Untersuchung macht, gibt sich die Thätigkeit der geheimen Gesellschaften mehr und mehr kund, welche in einem

großen Theil der Departements des Cher und der Nièvre bestehen, welche bis auf das Land gedrungen sind, eine ganz militärische Organisation haben, Pulver anfertigen, sich Waffen verschaffen, und ihre Mitglieder bald durch Demonstrationen, bald durch kleine Scharmügel bis zum Tage des Kampfes anzuspornen suchen.

Wie verlautet, haben sich mehrere bei den Unruhen im Cher-Departement betheiligte Personen nach Paris geflüchtet; die Polizei spürt denselben auf das eifrigste nach.

Man versichert, daß nach offiziellen Depeschen aus Lyon eine große Aufregung unter den Arbeitern des Rhone-Departements herrscht.

Der Revisionsrath von Lyon hat sein Urtheil in der Angelegenheit der Verurtheilten von Lyon erlassen. Die Appellationsgesuche wurden mit Ausnahme des von Bourvier verworfen.

Der Assisenhof des Seine-Departements hat gestern 5 Personen, der Beleidigung gegen die Person des Präsidenten der Republik angeklagt, freigesprochen, da die Anklage nicht genau konstatiert werden konnte; eine andere Person, Namens Charpentier, desselben Vergehens angeklagt, ist dagegen zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Der Kardinal Mathieu, Erzbischof von Besançon, ist in Paris angekommen. Die Regierung soll den Kardinal nach Paris berufen haben, um ihn über gewisse Punkte zu befragen.

Seit dem neuen Unterrichtsgeetze sind 125 von der Universität abhängige Schulen geschlossen und durch der Geistlichkeit angehörige Anstalten ersetzt worden.

Heute Morgen waren die Generale der Armee von Paris in den Tuileries bei dem Obergeneral Magnan versammelt.

Großbritannien.

London, 20. Okt. Das fällige Dampfschiff aus New-York ist eingetroffen und berichtet, daß das Vertrauen daselbst langsam zurückkehrt; das Geld ist knapp, Baumwollenspreise gedrückt.

Die Revolution in Mexiko schreitet fort. Das „Malta Journal“ spricht in gereiztem Ton von einem vermeintlichen Bunde Oesterreichs und Neapels gegen die britische Schifffahrt im Mitteländischen Meere. Sizilien habe das gesunde Klima im Süden, trotzdem ziehe Neapel einen Quarantänegürtel um diese Insel gegen die englischen Schiffe, welche sizilisches Obst in Fracht nehmen wollten. England werde auf die Länge seinen Handel nicht fesseln lassen.

Der in Bern erscheinende „Bund“ theilt folgende Note Lord Palmerston's an den Fürsten Casalecicala mit:

Mein Herr! Ich habe die Ehre gehabt, Ihr Schreiben vom 9. d. zu erhalten, welchem die Abschrift eines Pamphlets, betitelt: „The Neapolitan Government and Mr. Gladstone“ beigelegt war, mit dem Ansuchen, es möchten Abschriften dieses Pamphlets an die königlichen Gesandten bei den verschiedenen europäischen Höfen übermittelt werden. Ich habe Ihnen hierauf zu erwidern, daß ich es ablehnen muß, zu der Verbreitung eines Pamphlets beizutragen, welches nach meiner Ansicht weder seinem Verfasser, noch der Regierung, die er zu verteidigen sucht, noch endlich der politischen Partei, zu deren Kämpfen er sich aufwirft, Ehre macht. . . Ich fühle mich gezwungen, zu erklären, daß Hrn. Gladstone's Briefe an Lord Aberdeen das bedauerliche Gemälde eines solchen Systems von Gesehwirrigkeit, Ungerechtigkeit und Grausamkeit darbieten, welches von den Behörden und Beamten der kön. neapolitanischen Regierung ausgeübt wird, daß nicht hätte erwartet werden dürfen, es existire ein solches noch in unsern Tagen in irgend einem Lande Europa's. Die über diese Angelegenheit auch von andern Seiten eingegangenen Nachrichten führten unglücklicher Weise zu dem Schlusse, daß Hr. Gladstone die Uebelstände, die er schildert, auf keine Weise übertreibt. Allein Hrn. Gladstone's Briefe sind augenscheinlich nicht wie das Pamphlet, welches Sie mir insinuirten, in einem dem König von Neapel feindlichen Geiste oder mit süßlicher Abneigung gegen die ständische und monarchische Verfassung, welche Sr. sizilianische Majestät seinen Unterthanen garantirt und mit einem

königlichen Eide beschworen hat, geschrieben und veröffentlicht worden; im Gegentheil scheint Hrn. Gladstone's Gegenstand vielmehr den freundlichen Zweck gehabt zu haben, die öffentliche Aufmerksamkeit und die Macht der öffentlichen Meinung auf Mißbräuche hinzuweisen, welche, wenn sie länger andauern sollten, notwendiger Weise die Grundlage der neapolitanischen Regierung untergraben und die Bahn zu jenen heftigen Ausbrüchen eröffnen müßten, welche durch die Gefühle einer tief empfundenen, lang dauernden und weit gehenden Ungerechtigkeit früher oder später erzeugt werden. . . . Aber die neapolitanische Regierung wird übel beraten sein, wenn sie sich einbildet, daß ein dünn gewobenes Pamphlet von nackten Behauptungen und sorglosen Verleumdungen, gemischt mit groben Ausfällen und Gemeinplätzen auf öffentliche Charaktere und politische Parteien, der Regierung irgend welchen reellen Dienst leisten oder irgend einen reellen Zweck werde erreichen helfen, den sie dadurch doch zu beabsichtigen scheint, und ich muß zum Schlusse noch bemerken, daß in Hrn. Mac Farlane's Pamphlet sowohl direkte als indirekte Zugeständnisse enthalten sind, welche so weit reichen, daß sie diejenigen Schlüsse, welche er zu widerlegen die Absicht hat, vielmehr bestätigen. Ich bin etc. Palmerston.

Vermischte Nachrichten.

— Nach einer Berechnung des „Limerick Chronicle“ wandern im Durchschnitt 7000 Personen wöchentlich aus Irland nach Amerika aus.

† Karlsruhe, 24. Okt. Auf dem hiesigen Fruchtmarkt am 22. Oktober wurden verkauft 95 Malter Haber zu 4 fl. 48 kr. In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt . . . 43,043 Ffd. Mehl. Eingeführt wurden vom 16. bis incl. 22. Okt. . . . 147,492 „ „ 190,535 Ffd. Mehl. Davon verkauft 179,561 „ „ Blieben aufgestellt 10,974 Ffd. Mehl.

Neueste Post.

* Am 17. d. hat zu Dublin die erste öffentliche Versammlung des „kathol. Bertheidigungsvereins“ stattgefunden, wobei die Statuten des Vereins angenommen worden sind. Die Versammlung war nicht zahlreich besucht. Der Verein zählt jetzt über 600 Mitglieder. — Im Krieg am Ray hat am 1. Sept. ein Gefecht stattgefunden, in welchem die Engländer 3 Tode und 8 bis 12 Verwundete hatten.

Nach der „N. Pr. Ztg.“ hat der preussische Handelsminister v. d. Heydt in London Einleitungen zu einem Anschluß Englands an den Postverein getroffen. Dasselbe Blatt berichtet, nach neueren Bestimmungen sei General Roth v. Schreckenstein zum Oberbefehlshaber des bei Frankfurt aufzustellenden Bundes-Armee-Korps ernannt worden.

Am 1. Nov. wird die Telegraphenlinie von Stettin nach Posen dem Privatverkehr übergeben.

Die sächsischen Stände sind auf den 1. Dez. einberufen worden. Der Empfang Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich in Lemberg wird als außerordentlich glänzend bezeichnet. Beleuchtung der Stadt, die einem Feuermeer gleich (blos am Theatergebäude waren 3000 Lampen angebracht), Ehrenporten, Kanonenschüsse, Läuten aller Glocken, Anrede und Ueberreichung der Schlüssel der Stadt durch den Bürgermeister, Vorstellung aller Behörden wie des Klerus, Hoch der zahllosen Menge, Serenade, Truppeninspektion sind die Elemente des großartigen Festes. Der Monarch wird bis zum 20. d. in der Hauptstadt Galizien's verweilen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

Todesanzeige.

F. 202. Karlsruhe. Auswärtige Freunde setzen wir tief erschüttert in Kenntniß, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe, gute Mutter und Schwiegermutter in ein besseres Leben zu berufen. Sie starb gestern früh in Folge eines Herzschlages im 71. Jahre. Karlsruhe, den 24. Oktober 1851. Joseph Berkmüller, Marie v. Selbeneck, geborne Berkmüller, Karoline Billek, geborne Berkmüller, Joseph Billek.

Gediegene Schriften für Auswanderer, erschienen in der Buchner'schen Buchhandlung in Bamberg, und zu beziehen durch alle solide Buchhandlungen, in Karlsruhe durch A. Viefel, so wie durch alle übrigen hessischen, badi-schen u. Buchhandlungen: Dr. Bromme's Hand- und Reisebuch für Auswanderer nach den Verein. Staaten von Nordamerika, Texas, Californien, Brasilien, den britischen Besitzungen u. c. ste durchaus umgearbeitete und vermehrte Auflage. Mit der vortrefflichen Smith und Tanner'schen Karte. 2 fl. 24 kr. Gottheil, P. C., Des Auswanderers Reise-gefährte; ein Taschenwörterbuch der englischen und deutschen Sprache, mit fleißig-gefügter Aussprache des Englischen. Mit einer Gewicht-, Maß- und Münztabelle. 2 Theile. 1. Theil: Deutsch-Englisch. 2. Theil: Eng-lisch-Deutsch. Preis eines Theiles 36 kr. Gottheil, P. C., Führer zur Erlernung der englischen Sprache. Ein Hand- und Hilfs-buch zur leichten Aneignung dieser Sprache in Wort und Schrift. Vorzüglich für Auswan-

der, aber auch für Anfänger in Schulen und aus dem Handel- und Gewerbestande. Die vermehrte Auflage. Preis 27 kr. Neue Karte des Verein. Staaten von Nordamerika, Californien, Oregon-Gebiet, Canada, Neu-Brannschwweig u. c. Mit hauptsächlichster Berücksichtigung der Eisenbahnen, Angaben der Entfernungen und Beigabe vieler praktischen Notizen für Reisende und Auswan-derer. — Nach Calvin Smith, Tanner u. A. bearbeitet. In Stahl gestochen von Erz und Co. in Nürnberg. Großes Imperial-format. Preis für das Exemplar 1 fl. 18 kr. G. 211. Tübingen. Im Laupp'schen Ver-lage ist so eben erschienen und in allen Buchhand-lungen, in Karlsruhe in der Herder'schen Buchhandlung, zu haben: Die Gesellschaft Jesu. Von Ferdinand Probst, Priester. 3/4 Bog. gr. 8. brosch. 15 kr.

G. 39. In der G. Braun'schen Hofbuchhand-lung in Karlsruhe ist zu haben: W. D. Bräutigam, prakt. Hand- und Hülfsbüchlein der niedern Chirurgie für Lehrlinge u. Gehülfen, oder deutliche An-weisung im Aderlassen, Schröpfen, Blutegel-setzen, Alysiergeben, Blasenpflasterlegen, zu Fontanellen u. Eiterbändern, ingleichen zum Zahnreinen u. Zahnherausziehen, in Be-handlung der Entzündungen und Eiterungen, der Nase, des Fingerwurms, der Blutschwä-ren, Verbrennungen, Frostschäden, Warzen u.

Leichbornen, der Verrenkungen, Verstauchun-gen, Knochenbrüche u. der verschiedenen Gat-tungen des Scheitelds. Nebst ausführl. Ab-handlung über die Güte, Einkauf, Abziehen der Rasirmesser, Wegsteine, Streichriemen u. äb. das Rasiren; auch bewährten, den Haar-wuchs befördernden, das Ausfallen der Haare verhütenden Mitteln, wie auch Farbmittel derselben u. c. 2te verb. Aufl. bearbeitet vom prakt. Arzt u. Wundarzt F. Händel in Neu-stadt a. D. Mit 1 Abbildg. gr. 12. Geh. Weimar, Voigt, 1 fl. 12 kr.

Es fehlte bisher den vielen Tausend deutschen Barbieren u. modern Chirurgen an einem populä-ren Hülfsbuch bei Ausübung ihrer Praxis. Daß dieses Büchlein diesem Bedürfnis gut u. sehr voll-ständig entsprochen hat, beweist, daß sich die erste Auflage gänzlich vergriffen hatte. Schon diese Auf-lage wurde in mehreren Zeitschriften auf das wärmste empfohlen. So z. B. sagt die medicin. Central-zeitung 1833, Nr. 47: „Dieses Taschenbuch ent-spricht ganz seinem Zwecke für solche Anfänger, welche als Barbierer den Ärzten mit manuellen Hülfsleistungen zur Hand gehen. Die Regeln beim Barbieren, bei der Behandlung der Haare, der Zahnübels, beim Aderlassen, Schröpfen u. c. sind prak-tisch, brauchbar u. nützlich, und man sieht auf jeder Seite, daß der Herausgeber einer der besten Chi-rurgiegehilfen gewesen sein muß. Sein Werthen ist für jeden Barbier unentbehrlich.“

G. 161. Mannheim. Zahnärztliche Anzeige. Ich werde den 27. dieses Monats in Karlsruhe ein-treffen, und daselbst bis den 31. verweilen. Meine Wohnung ist: Römischer Kaiser Nr. 23 und 24. Mannheim, den 22. Oktober 1851. J. Böbling, Zahnarzt.

G. 196. Rudolstadt a. d. Saale. **Gesuch.** Ein junger Kaufmann von angenehmem Aeußern, empfohlen durch gute Zeugnisse, sucht für Neujahr 1852, nöthigenfalls etwas früher, eine Stelle als Commis in einer Mode-Auschnitt-Handlung oder auf einem Comptoir; auch würde derselbe jeden andern, seinen Kenntnissen angemessenen Posten annehmen. Offerten werden erbeten unter der Chiffre A. B. postterestante Rudolstadt a. d. Saale. G. 209. [21]. Karlsruhe. **Zu verkaufen.** Es ist eine vollständige Seifenfabrik, zur Soda-fiederei eingerichtet, um ganz billigen Preis zu ver-kaufen. Das Nähere zu erfragen bei der Expe-dition der Karlsruher Zeitung.

G. 33. [22]. Heidelberg. **Hausverkauf.** Das Haus Lit. A. Nr. 5 an der Hauptstraße zu Heidelberg, in der Mitte und zugleich dem lebhaftesten Theil dieser Stadt, dem Badischen Hof gegenüber, gelegen, das sich insbesondere zu jedem Handelsgeschäft eignet, ist aus freier Hand unter billigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres bei Universitäts-Apotheker H. Buch. G. 189. [21]. Karlsruhe. (Pferdverfel-gerung.) Nächsten Mittwoch, den 29. d. M., Vormittags 10 Uhr, wird im Raizenhof zu Gottes-aue ein schönes Fohlen gegen Kauffahrtung öffent-lich versteigert. Karlsruhe, den 23. Oktober 1851. Berechnung des groß. Artillerieregiments. Räder. G. 177. Nr. 30. 638. Stodach. (Fahn-dung.) Dionys Steppacher von Schwandorf soll eine peinliche Gefängnißstrafe von 2 Mo-naten erleiden. Er ist süchtig, daher wir die be-treffenden Behörden ersuchen, ihn im Betretungs-falle zu arretiren und anher abzuliefern. Stodach, den 17. Oktober 1851. Großh. bad. Bezirksamt, A m a n n.

